

Litauische Rundschau

Preis Einzel. 50 Pf.

Einzig deutsche Tageszeitung in Litauen.

Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučių g-vè Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegrammadresse: Litru Kaunas.
Postcheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 113.

Kowno, Freitag 10. Juni 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags.
Abonnementspreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen
für 1 Monat — 10. M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland
für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark.
an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenstrich) 4 M. 50. Pf.
Stellengesuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark.
Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Der Journalistenkongress der baltischen Staaten.

(Schluss.)

In seinen Ausführungen wies der Vizeminister des Finanzministeriums, Dobkevicius, in kurzen Worten auf die wirtschaftliche Lage der baltischen Staaten und die Wichtigkeit ihres wirtschaftlichen Lebens hin. Von den Gründungstagen des litauischen Staates ausgehend, schilderte er in anschaulicher Weise die grossen Schwierigkeiten, unter denen der junge litauische Staat entstand und nach und nach heranwuchs. Erst Galvanuskas gelang es, die Finanzen des Landes in geregeltere Bahnen zu lenken. Aber auch noch heute sei viel zu tun übrig. Zur Zeit hätten z. B. in Litauen noch dieselben Steuern Geltung, wie sie zur russischen Zeit gegolten hätten aber es sei bisher noch nicht möglich gewesen, eine progressive Steuer einzuführen. Auch die indirekten Steuern habe man notgedrungen bisher beibehalten müssen, trotzdem die Regierung wohl einsehe, dass ihre Erhebung für die Volkswirtschaft nicht das Richtige sei.

Die allgemeine finanzielle Lage des Landes sei gut. Im vorigen Jahre habe Litauen mehr als 400 Millionen Mark Einnahmen gehabt. Zwar seien auch einige Schulden vorhanden, jedoch seien diese so unbedeutend, dass sie kaum ins Gewicht fielen. In Litauen seien mehr als eine Milliarde Ostmark im Umlauf, deren Deckung man jederzeit fordern könne. Eigenes Geld besitze Litauen noch nicht doch dürfe man das nicht als nachteilig betrachten. Im Gegenteil: Sowohl Lettland als auch Estland hätten mit ihrer Valuta Schwierigkeiten.

Redner kommt zu dem Schluss, dass auch in finanzieller Beziehung gemeinsame Interessen die drei Länder Litauen, Lettland und Estland verbinden. Vereint würden die drei Länder mehr schaffen können als jeder für sich, vereint würden sie auch ihren Volkswohlstand heben.

Ministerpräsident Dr. K. Grinius, der alsdann das Wort ergreift, begrüsst in herzlichen Worten die Erschienenen, die seine Begrüssung mit lebhaftem Beifall aufnehmen.

In der zweiten Sitzung des Kongresses ergreift zunächst Schalicius das Wort, um einige Vorschläge für einen Verband der Journalisten der baltischen Staaten zu machen und Anregungen zu geben für den gegenseitigen Meinungsaustausch und das gegenseitige Kennenlernen. Für die Durchführung seiner Vorschläge wäre die Schaffung eines Zentralorgans nötig, dem auch entsprechende Mittel zur Verfügung stehen müssten.

Dr. Ehret, der Direktor der Litauischen Telegramm-Agentur „Elta“, brachte eine Resolution ein, welche sich auf den Kampf gegen die der Bildung eines baltischen Staatenbundes feindliche ausländische Presse bezieht.

Die Debatte über die Rede des litauischen Ausserministers Dr. Purickis und die beiden von Schalicius und Dr. Ehret eingebrachten Resolutionen brachte die einhellige Auffassung zum Ausdruck, dass die Schaffung des baltischen Staatenbundes eine Notwendigkeit für die drei Staaten sei.

Die Vertreter der deutschen, russischen und litauischen Zeitungen gaben bei dieser Gelegenheit die Erklärung ab, dass sie in jeder Hinsicht den Gedanken des baltischen Staatenbundes zu propagieren bereit seien.

Es wurden schliesslich folgende Resolutionen gefasst:

1) Der Kongress der Vertreter der litauischen, lettischen und estnischen Presse erkennt an, dass der Kampf jedes einzelnen der baltischen Staaten

um seine kulturelle wirtschaftliche und politischen Unabhängigkeit, den Zusammenschluss der baltischen Staaten in kultureller, wirtschaftlicher und besonders politischer und militärischer Hinsicht erforderlich macht. Dieser Zusammenschluss soll in den allernächsten Tagen vor sich gehen zwischen denjenigen Staaten, deren politische Beziehungen eine derartige Vereinigung zulassen und denen sie annehmbar ist, sowie deren Interessen und Ziele mit den Interessen und Zielen der den Bund schliessenden Staaten übereinstimmen.

2) Der erste Kongress der Vertreter der litauischen, lettischen und estnischen Presse stellt die Gemeinsamkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen dieser Länder fest, erkennt die dringende Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens der Journalistenvereinigungen der drei Länder an und ist der Meinung, dass nach diesem Kongress in allernächster Zukunft in Riga ein Kongress auf breiterer Grundlage abgehalten werden solle. Den Zeitpunkt für den Zusammentritt des kongresses wird der lettische Journalistenverein bestimmen. Die Aufgabe dieses Kongresses würde die Verwirklichung eines Journalistenverbandes der baltischen Staaten sein. Der Kongress erachtet es für unbedingt erforderlich, ungeachtet der Einberufung des neuen Kongresses unverzüglich dauernde Beziehungen zwischen den einzelnen Journalistenvereinigungen Litauens, Lettlands und Estlands durch die Schaffung eines Zentralbüros herzustellen. Die Aufgabe des Büros wird in der Aufrechterhaltung dauernder Beziehungen zwischen den Journalistenvereinigungen, einer gegenseitigen Information über politische, wirtschaftliche, kulturelle und berufliche Fragen. Die allgemeinen gegenseitigen Informationen über die Verhältnisse der Länder Litauen, Lettland und Estland waren bisher ungenügend. Daher hält es der Kongress für unerlässlich notwendig, die offiziellen Informationsorgane hierauf aufmerksam zu machen und die Zahl der Organe zu vergrössern. Zur Erleichterung der gemeinsamen Kulturarbeit wäre es nach Ansicht des Kongresses wünschenswert, eine Kulturkonvention der baltischen Staaten zu schaffen.

Oberschlesien.

PARIS, 8. 6.

Wie Pertinax dem „Echo de Paris“ mitteilt, liess die englische Regierung gestern dem französischen Ausserminister eine neue Note zugehen. Die englische Regierung erklärt, sie werde die letzte französische Note erst beantworten, wenn sie den ersten Bericht ihres neuen Vertreters in Oberschlesien erhalten habe. Hinsichtlich der Haltung der französischen Truppen zu Beginn des polnischen Aufstandes, die die französische Regierung selbst als zu polenfreundlich bezeichnete, hält nach Pertinax die englische Regierung ihre erste Behauptung vollkommen aufrecht.

Deutschland.

Das Urteil im 3. Kriegsbeschuldigten-Prozess.

LEIPZIG, 2. 6.

In dem Kriegsbeschuldigtenprozess gegen den Arbeiter Neumann aus Güstrow wurde Donnerstag mittags 12 Uhr vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Misshandlung in 12 Fällen und wegen Beleidigung in einem Falle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wird dem Angeklagten angerechnet.

In der Urteilsbegründung heisst es u. a.: Der An-

geklagte war bei einigen ihm zur Last gelegten Fällen durch die ihm gegebenen Befehle gedeckt. Neumann hat aber auch bei Ausübung der erhaltenen Befehle mit seinem Recht Missbrauch getrieben und die Grenzen überschritten. Beleidigung hat das Gericht nur in einem Falle als erwiesen erachtet. Die Beweggründe des Angeklagten waren im allgemeinen keine ehrlosen. Neumann wollte nur seiner soldatischen Pflicht genügen. Da Fluchtverdacht nicht vorliegt, wurde der Haftbefehl aufgehoben und Neumann entlassen.

Litauen und Deutschland.

Litauische Paßschwierigkeiten.

Die Handelskammer Tiltsit hat an das Auswärtige Amt eine Eingabe unter Darlegung einzelner Fälle gerichtet, in der sie um dringende Vorstellung bei der litauischen Regierung bat, dass die Paßschwierigkeiten bei Reisen deutscher Kaufleute möglichst bald abgestellt werden. Im Interesse des Wirtschaftslebens der Provinz Ostpreussen und der dringend notwendigen Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Litauen hat die Handelskammer Königsberg diese Eingabe nachdrücklich unterstützt.

Zur Lage in England.

LONDON, 7. 6.

Es muss mit der Möglichkeit einer allgemeinen Arbeitseinstellung in der Maschinenindustrie gerechnet werden. Dadurch würde die Zahl der Arbeitslosen um weitere 1 1/2 Mill. vermehrt.

Polen.

Seyda gegen die „polnische Wirtschaft“

Warschau, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung des Staatshaushalts im Sejm griff der Führer der Bauernpartei Abg. Dr. Seyda an Hand von Einzelheiten in schärfster Weise die Staatswirtschaft Polens an. Er führte aus: Trotz des Defizits und des optimistisch gehaltenen Budgets für 1921 in Höhe von 98 Milliarden Mark stosse das Kontrollgesetz auf Schwierigkeiten. Die gegenwärtige rein nominelle Kontrolle hat in der Militärverwaltung bei den Ausgaben von 30 Milliarden nur eine Milliarde überprüft. Die zutage tretenden Missbräuche in der Staatsverwaltung seien bisher nicht untersucht und die Verwaltung sei nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Balachowitsch und Petljura hätten hunderte von Millionen ohne jedwede Kontrolle entnommen. Trotz der Demobilisierung befänden sich in Warschau noch immer 8000 Offiziere ohne eine ihm bekannte Tätigkeit, während in allen Staaten selbst zur Kriegszeit nur wenige hundert Offiziere in der Zentralbehörde tätig gewesen seien. Die Militärverwaltung wisse nicht einmal, wieviel Kraftfahrzeuge sie besitze. Die Zählung habe 15 Kraftfahrzeuge mehr ergeben, als die Verwaltung selbst angenommen habe. Die polnische Kriegsmarine zähle zwei Kanonenboote und noch einige kleinere Fahrzeuge, dagegen aber fünf Admirale, 246 Marineoffiziere und 2000 Matrosen. Das Tabakmonopol werfe keinem Pfennig ab. Die Regierung habe Millionen an Ziegeleien und Torfstechereien vorgeschossen, erhalte aber weder Ziegeln noch Torf, noch die vorgeschossenen Millionen. General Perske habe im Auftrage der polnischen Regierung einem Privatbankvermittler 42 Millionen Handgeld gegeben. Der Vermittler sei gestorben und das Millionen-Handgeld sei verloren. Zwei Beamte des polnischen Ausserministeriums hätten sich 15 Millionen Reisespesen auszahlen lassen, um die Bücher einiger polnischen Konsulate im Auslande zu revidieren. Andere polnische Staatsbeamte seien aber von dem dortigen polnischen Konsulat einfach zurückgeschickt.

